

Japan

Bloß weg damit

● Bis zu den Olympischen Spielen in Tokio 2020 möchte die japanische Regierung die strahlenden Reste der Atomkatastrophe von Fukushima aus dem Blickfeld schaffen. Doch der Plan stößt auf Widerstand. Durch den Super-GAU im März 2011 wurden weite Gebiete im Nordosten des Landes verstrahlt. Etwa 22,3 Millionen Kubikmeter verseuchte Erde, provisorisch verstaubt in unzähligen Kunststoffsäcken, lagern noch immer auf Äckern und an Straßen. Der größte Teil soll nun nahe der Kernkrafttrüme 30 Jahre lang zwischengelagert und dann im übrigen Land verteilt werden; der Rest soll lokal entsorgt werden. In Nasu, einem Touristenparadies nordöstlich von Tokio, versucht das Umweltministerium derzeit durch einen Test zu beweisen, dass sich verstrahlte Erde unbedenklich vergraben und lagern lässt. In einem Park lässt es Säcke, in denen die Erde bisher verstaubt war, öffnen und in den Boden bringen. Gefahr für die Umwelt besteht nicht, heißt es, weil

die Radioaktivität – es handelt sich um Cäsium – im Erdreich gebunden werde. Doch viele Japaner misstrauen der Regierung. In der Stadt Nihonmatsu musste Tokio deshalb ein Pilotprojekt abblasen, mit dem nachgewiesen werden sollte, dass sich verstrahlte Erde zum Bau von Straßen nutzen lässt. Überdies suchen die Planer dringend Platz für die Unmengen von radioaktiv verseuchtem Wasser, das täglich in der Reaktorruine von Fukushima aufläuft. Rund 890 000 Tonnen Wasser lagern bereits auf dem Gelände. Der Betreiber Tokyo Electric Power Company möchte das Wasser in den Pazifik ablassen. Doch dagegen wehren sich örtliche Fischer, weil sie ihre Fänge dann kaum noch verkaufen könnten. ww



Mitarbeiter der Atomaufsichtsbehörde in Okuma bei Fukushima

Chappatte



Afghanistan

»Sprengsätze im ganzen Land«



Thomas Ruttig, Co-Direktor des Afghanistan Analysts Network mit Sitz in Kabul und Berlin, über die chaotische Parlamentswahl

SPIEGEL: Bei der dritten Parlamentswahl seit dem Sturz der Taliban 2001 gab es jetzt rund 300 Tote und Verletzte, was ist passiert?

Ruttig: Die Taliban haben angedroht, die Wahl zu verhindern, und viel dafür getan. Insgesamt lässt sich sagen, dass keine Wahl zuvor so schlecht vorbereitet war. Wahllokale öffneten zu spät oder gar nicht, nur ein Drittel der zwölf Millionen Wahlberechtigten konnte überhaupt wählen. Dieser Anteil wird von Wahl zu Wahl geringer.

SPIEGEL: Wie haben die Taliban das angestellt?

Ruttig: Sie sperrten Straßen in Stadtzentren und Zugänge zu Wahllokalen. Auf Kabul haben sie Raketen abgefeuert, im ganzen Land explodierten Sprengsätze. Aus Helmand und anderen Regionen wissen wir, dass registrierten Wählern, zu erkennen an der Tinte auf dem Zeigefinger, diese Finger abgeschnitten wurden. Als Warnung an andere: Das passiert mit dir, wenn auch du wählen gehst.

SPIEGEL: Heißt das, die Taliban kontrollieren wieder das Land?

Ruttig: Zumindest die ländlichen Gebiete. In Kandahar im Süden Afghanistans wurde gerade die gesamte Führungsspitze der Sicherheitskräfte getötet. Darunter der Polizeichef, General Abdul Raziq, der gefährlichste Gegner der Taliban im Süden des Landes. Nach dem Attentat wurde sogar die Wahl verschoben, in Kandahar wählen die Menschen erst an diesem Wochenende. Und auch dort ist Gewalt durch die Taliban zu erwarten.

SPIEGEL: Wann rechnen Sie mit einem Wahlergebnis?

Ruttig: Das vorläufige Ergebnis soll am 10. November verkündet werden, das endgültige erst Ende Dezember.

SPIEGEL: Welche Prognosen lassen sich für die Präsidentschaftswahl im kommenden April wagen?

Ruttig: Diese Wahl war ein Probelauf für die Präsidentschaftswahl, es sieht also nicht gut aus für 2019. Denn solch schlecht geführte Wahlen befrieden nicht das Land oder sorgen für mehr Demokratie – eher das Gegenteil ist zurzeit der Fall. F10